

# Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)<sup>1</sup>

vom 20. Juni 1952 (Stand am 1. Januar 2008)

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 31<sup>bis</sup> Absatz 3 Buchstabe b und 64<sup>bis</sup>  
der Bundesverfassung<sup>2,3</sup>  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 15. Februar 1952<sup>4</sup>,  
beschliesst:*

## I.<sup>5</sup> Anwendbarkeit des ATSG

### Art. 1

Die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000<sup>6</sup> über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) sind auf die Familienzulagen in der Landwirtschaft anwendbar, soweit das vorliegende Gesetz nicht ausdrücklich eine Abweichung vom ATSG vorsieht.

AS 1952 823

- <sup>1</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1979, in Kraft seit 1. April 1980 (AS 1980 276 279; BBl 1979 II 769). Gemäss derselben Bestimmung wurden die Randtit. in Sachüberschriften umgewandelt.
- <sup>2</sup> [BS 1 3; AS 1996 2502]. Den genannten Bestimmungen entsprechen heute Art. 104 und 123 der BV vom 18. April 1999 (SR 101).
- <sup>3</sup> Fassung gemäss Ziff. I 11 des BG vom 8. Okt. 1999 zum Abk. zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS 2002 701 722; BBl 1999 6128).
- <sup>4</sup> BBl 1952 I 206
- <sup>5</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR 830.1).
- <sup>6</sup> SR 830.1

## Ia. Die Familienzulagen<sup>7</sup>

### 1. Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer

#### Art. 1a<sup>8</sup> Bezugsberechtigte Personen

<sup>1</sup> Anspruch auf Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer haben Personen, die in einem landwirtschaftlichen Betriebe gegen Entgelt in unselbstständiger Stellung tätig sind.

<sup>2</sup> Die Familienmitglieder des Betriebsleiters, die im Betrieb mitarbeiten, haben ebenfalls Anspruch auf Familienzulagen; ausgenommen sind:

- a. die Verwandten des Betriebsleiters in auf- und absteigender Linie;
- b. die Schwiegersöhne und Schwiegertöchter des Betriebsleiters, die voraussichtlich den Betrieb zur Selbstbewirtschaftung übernehmen werden.

<sup>3</sup> Ausländische landwirtschaftliche Arbeitnehmer haben nur Anspruch auf Familienzulagen, wenn sie sich mit ihrer Familie in der Schweiz aufhalten (Art. 13 Abs. 2 ATSG<sup>9</sup>). Der Bundesrat kann jedoch die Ausrichtung von Kinderzulagen auch für Kinder im Ausland vorschreiben und dabei das Gegenrecht vorbehalten.

<sup>4</sup> Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften über den Begriff des landwirtschaftlichen Betriebes und des landwirtschaftlichen Arbeitnehmers.

#### Art. 2 Arten der Zulagen; Ansätze<sup>10</sup>

<sup>1</sup> Die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer bestehen in einer Haushaltenszulage und in Kinderzulagen.

<sup>2</sup> Die Haushaltenszulage beträgt 100 Franken im Monat.<sup>11</sup>

<sup>3</sup> Die Kinderzulage wird für jedes Kind im Sinne von Artikel 9 ausgerichtet. Sie beträgt im Talgebiet 190 Franken und im Berggebiet 210 Franken pro Monat.<sup>12</sup>

<sup>4</sup> Der Bundesrat passt die Ansätze der Kinderzulagen periodisch der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Entwicklung der Ansätze nach den kantonalen Gesetzen über Familienzulagen an.<sup>13</sup>

<sup>7</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

<sup>8</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

<sup>9</sup> SR **830.1**

<sup>10</sup> Gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1979, in Kraft seit 1. April 1980 wurden die Randtitel in Sachüberschriften umgewandelt (AS **1980** 276 279; BBl **1979** II 769).

<sup>11</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1973, in Kraft seit 1. April 1975 (AS **1974** 689; BBl **1973** I 1426).

<sup>12</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS **2008** 323 324; BBl **2006** 6337).

<sup>13</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 16. Dez. 1983, in Kraft seit 1. April 1984 (AS **1984** 350 352; BBl **1983** IV 205).

**Art. 3** Haushaltungszulage

<sup>1</sup> Anspruch auf Haushaltungszulage haben:

- a.<sup>14</sup> Arbeitnehmer, die mit ihrem Ehegatten oder mit ihren Kindern einen gemeinsamen Haushalt führen;
- b. Arbeitnehmer, die in Hausgemeinschaft mit dem Arbeitgeber leben, und deren Ehegatte oder deren Kinder einen eigenen Haushalt führen, für dessen Kosten der Arbeitnehmer aufzukommen hat;
- c. Arbeitnehmer, die mit ihrem Ehegatten oder mit ihren Kindern in Hausgemeinschaft mit dem Arbeitgeber leben.

<sup>2</sup> Sind beide Ehegatten als landwirtschaftliche Arbeitnehmer bezugsberechtigt, so darf nur eine Haushaltungszulage ausgerichtet werden, die jedem Ehegatten zur Hälfte zusteht. Die Auszahlung erfolgt in der Regel gemeinsam. Bei vorübergehender Abwesenheit des Ehegatten oder der Kinder von der häuslichen Gemeinschaft bleibt die Bezugsberechtigung bestehen.<sup>15</sup>

<sup>3</sup> Verwitwete landwirtschaftliche Arbeitnehmer ohne Kinder haben Anspruch auf eine Haushaltungszulage für die Zeit, während der sie nach dem Tod ihres Ehegatten ihren bisherigen Haushalt weiterführen, höchstens jedoch für die Dauer eines Jahres.

<sup>4</sup> Der Anspruch auf die Haushaltungszulage entsteht am ersten Tage des Monats, in welchem der Haushalt gegründet wird. Er erlischt am Ende des Monats, in welchem der Haushalt aufgelöst wird.

**Art. 4** Bezahlung des ortsüblichen Lohnes

Die Familienzulagen dürfen nur ausgerichtet werden, wenn der Arbeitgeber einen Lohn zahlt, der mindestens den ortsüblichen Ansätzen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer entspricht.

**2. Familienzulagen für selbstständigerwerbende Landwirte<sup>16</sup>****Art. 5<sup>17</sup>** Bezugsberechtigte Personen

<sup>1</sup> Anspruch auf Familienzulagen für selbstständigerwerbende Landwirte haben die hauptberuflich oder nebenberuflich selbstständigerwerbenden Landwirte und die selbstständigerwerbenden Äpler.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt die Begriffe der haupt- und nebenberuflichen Tätigkeit und des selbstständigerwerbenden Äplers.

<sup>14</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1979, in Kraft seit 1. April 1980 (AS 1980 276 279; BBl 1979 II 769).

<sup>15</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 16. Dez. 1983, in Kraft seit 1. April 1984 (AS 1984 350 352; BBl 1983 IV 205).

<sup>16</sup> Ausdruck gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2008 323 324; BBl 2006 6337). Diese Änderung ist im ganzen Erlass berücksichtigt.

<sup>17</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2008 323 324; BBl 2006 6337).

**Art. 6<sup>18</sup>** Abgrenzung des Berggebietes

Für die Zuteilung der Betriebe zum Berggebiet sind die Bestimmungen über den landwirtschaftlichen Produktionskataster massgebend.

**Art. 7<sup>19</sup>** Art und Höhe der Zulage

<sup>1</sup> Die Familienzulage für selbstständigerwerbende Landwirte besteht in der Kinderzulage für jedes Kind im Sinne von Artikel 9. Sie beträgt im Talgebiet 190 Franken und im Berggebiet 210 Franken pro Monat.<sup>20</sup>

<sup>2</sup> Der Bundesrat passt die Ansätze der Kinderzulagen periodisch der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Entwicklung der Ansätze nach den kantonalen Gesetzen über Familienzulagen an.

**Art. 8** Verrechnung

Die Familienzulagen für selbstständigerwerbende Landwirte können mit den Beiträgen, die diese gemäss Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung<sup>21</sup> (im folgenden AHVG genannt) sowie gemäss Artikel 18 dieses Gesetzes schulden, verrechnet werden.

**3. Gemeinsame Bestimmungen****Art. 9<sup>22</sup>** Kinderzulage

<sup>1</sup> Die Kinderzulage wird bis zum vollendeten 16. Altersjahr ausgerichtet. Sie wird bis zum vollendeten 25. Altersjahr entrichtet für Kinder in der Ausbildung und bis zum vollendeten 20. Altersjahr für Kinder, die wegen einer Krankheit oder eines Gebrechens erwerbsunfähig sind, sofern sie keine ganze Rente der Invalidenversicherung beziehen.

<sup>2</sup> Als Kinder gelten auch

- a. Pflegekinder;
- b. Geschwister des Bezugsberechtigten, für deren Unterhalt er in überwiegen dem Mass aufzukommen hat.

<sup>3</sup> Für dasselbe Kind darf nur eine Kinderzulage ausgerichtet werden.

<sup>18</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 114 des Verwaltungsgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005, in Kraft seit 1. Jan. 2007 (SR 173.32).

<sup>19</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 16. Dez. 1983, in Kraft seit 1. April 1984 (AS 1984 350 352; BBl 1983 IV 205).

<sup>20</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS 2008 323 324; BBl 2006 6337).

<sup>21</sup> SR 831.10

<sup>22</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1979, in Kraft seit 1. April 1980 (AS 1980 276 279; BBl 1979 II 769).

<sup>4</sup> Haben mehrere Personen nach diesem Gesetz oder anderen Bestimmungen einen Anspruch für das gleiche Kind, so steht er der Reihe nach zu:

- a. der Person, unter deren Obhut das Kind steht;
- b. dem Inhaber der elterlichen Gewalt;
- c. der Person, die in überwiegendem Mass für den Unterhalt des Kindes aufkommt.

<sup>5</sup> Sind zwei im gleichen Haushalt lebende Ehegatten anspruchsberechtigt, so steht der Anspruch jedem Ehegatten zur Hälfte zu. Die Auszahlung erfolgt in der Regel gemeinsam.<sup>23</sup>

<sup>6</sup> ...<sup>24</sup>

<sup>7</sup> Der Anspruch auf Kinderzulagen entsteht am ersten Tage des Monats, in welchem das Kind geboren wird. Er erlischt am Ende des Monats, in welchem die Voraussetzungen für den Bezug dahinfallen.

#### **Art. 10<sup>25</sup>** Verbot des Doppelbezugs; Dauer des Anspruchs

<sup>1</sup> Landwirtschaftliche Arbeitnehmer, selbstständigerwerbende Landwirte und selbstständigerwerbende Äpler haben nur Anspruch auf Familienzulagen nach diesem Gesetz, soweit ihnen nicht anderweitig Zulagen derselben Art für das gleiche Kind ausgerichtet werden. Niemand darf gleichzeitig Familienzulagen als landwirtschaftlicher Arbeitnehmer, als selbstständigerwerbender Landwirt und als selbstständigerwerbender Äpler beziehen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten dieser Anspruchskonkurrenz.<sup>26</sup>

<sup>2</sup> Hauptberufliche selbstständigerwerbende Landwirte, die zeitweise im Nebenberuf eine andere Erwerbstätigkeit ausüben, haben auch während dieser Zeit Anspruch auf Familienzulagen, wenn sie nicht schon eine andere Familienzulage beziehen. Sind sie zeitweise als landwirtschaftliche Arbeitnehmer tätig, so können sie für diese Zeit zwischen den beiden Arten von Familienzulagen wählen.

<sup>3</sup> Nebenberufliche selbstständigerwerbende Landwirte und Äpler haben nur für die Zeit der Tätigkeit im landwirtschaftlichen Betrieb oder auf der Alp Anspruch auf Familienzulagen. Sie haben keinen Anspruch auf Kinderzulagen für ein Kind, für das sie gleichzeitig andere Familienzulagen beziehen.

<sup>4</sup> Während des Mutterschaftsurlaubs nach Artikel 329f des Obligationenrechts<sup>27</sup> besteht weiterhin Anspruch auf die Familienzulagen.<sup>28</sup>

<sup>23</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 16. Dez. 1983, in Kraft seit 1. April 1984 (AS **1984** 350 352; BBl **1983** IV 205).

<sup>24</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 16. Dez. 1983 (AS **1984** 350; BBl **1983** IV 205).

<sup>25</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1979, in Kraft seit 1. April 1980 (AS **1980** 276 279; BBl **1979** II 769).

<sup>26</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 2007, in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS **2008** 323 324; BBl **2006** 6337).

<sup>27</sup> SR **220**

<sup>28</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 4 des BG vom 3. Okt. 2003, in Kraft seit 1. Juli 2005 (AS **2005** 1429 1437; BBl **2002** 7522, **2003** 1112 2923).

**Art. 11–12<sup>29</sup>****II. Die Organisation****Art. 13** Aufgaben der Ausgleichskassen

Die Festsetzung und die Ausrichtung der Familienzulagen sowie die Erhebung des Arbeitgeberbeitrages gemäss Artikel 18 obliegen den kantonalen Ausgleichskassen im Sinne von Artikel 61 AHVG<sup>30</sup> (im Folgenden Ausgleichskassen genannt).

**Art. 14** Geltendmachung des Anspruchs; Ausrichtung der Familienzulagen

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Familienzulagen ist bei der zuständigen Ausgleichskasse geltend zu machen.

<sup>2</sup> In Abweichung von Artikel 19 Absatz 1 ATSG<sup>31</sup> sind die Familienzulagen den hauptberuflichen selbstständigerwerbenden Landwirten vierteljährlich, den nebenberuflichen selbstständigerwerbenden Landwirten und den Äplern am Ende des Jahres auszurichten.<sup>32</sup>

<sup>3</sup> Werden die Familienzulagen nicht für die Bedürfnisse der Personen verwendet, für welche sie bestimmt sind, so können diese oder deren gesetzliche Vertreter verlangen, dass ihnen die Familienzulagen in Abweichung von Artikel 20 Absatz 1 ATSG auch ohne Fürsorgeabhängigkeit ausgerichtet werden.<sup>33</sup>

**Art. 15** Zahlungs- und Abrechnungsverkehr

<sup>1</sup> Die Ausgleichskassen haben über die Beiträge der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und über die ausgerichteten Familienzulagen je eine besondere Rechnung zu führen und darüber mit der Zentralen Ausgleichsstelle der Alters- und Hinterlassenversicherung abzurechnen.

<sup>2</sup> Für den Zahlungs- und Abrechnungsverkehr sind die Bestimmungen des AHVG<sup>34</sup> sinngemäss anwendbar.

**Art. 16** Kassenrevision und Arbeitgeberkontrolle

Die Kassenrevisionen sowie allfällige Arbeitgeberkontrollen gemäss Artikel 68 AHVG<sup>35</sup> haben sich auch auf die Durchführung dieses Gesetzes zu erstrecken.

<sup>29</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR **830.1**).

<sup>30</sup> SR **831.10**

<sup>31</sup> SR **830.1**

<sup>32</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

<sup>33</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

<sup>34</sup> SR **831.10**

<sup>35</sup> SR **831.10**

**Art. 17**<sup>36</sup>**III. Die Finanzierung****Art. 18** Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer

<sup>1</sup> Die Arbeitgeber in der Landwirtschaft haben einen Beitrag von 2 Prozent der im landwirtschaftlichen Betrieb ausgerichteten Bar- und Naturallöhne zu leisten, soweit diese der Beitragspflicht nach AHVG<sup>37</sup> unterliegen.<sup>38</sup>

<sup>2</sup> Die Verwaltungskostenbeiträge gemäss Artikel 69 AHVG sind auch auf den Beiträgen der Arbeitgeber gemäss Absatz 1 zu erheben.

<sup>3</sup> Auf die Nachzahlung geschuldeter Beiträge finden die Bestimmungen des AHVG mit ihren jeweiligen Abweichungen zum ATSG<sup>39</sup> Anwendung.<sup>40</sup>

<sup>4</sup> Die durch die Beiträge der Arbeitgeber nicht gedeckten Aufwendungen mit Einschluss der Verwaltungskosten, die den Ausgleichskassen aus der Ausrichtung der Familienzulagen entstehen, gehen zu zwei Dritteln zu Lasten des Bundes und zu einem Drittel zu Lasten der Kantone. Diese können die Gemeinden zur Beitragsleistung heranziehen.<sup>41</sup>

**Art. 19**<sup>42</sup> Familienzulagen für selbstständigerwerbende Landwirte

Die Aufwendungen für die Ausrichtung von Familienzulagen an selbstständigerwerbende Landwirte mit Einschluss der Verwaltungskosten, die den Ausgleichskassen aus der Ausrichtung der Familienzulagen entstehen, gehen zu zwei Dritteln zu Lasten des Bundes und zu einem Drittel zu Lasten der Kantone. Diese können die Gemeinden zur Beitragsleistung heranziehen.

**Art. 20** Rückstellung für die Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und selbstständigerwerbende Landwirte

<sup>1</sup> Zur Bildung einer Rückstellung für die Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und selbstständigerwerbende Landwirte wird ein Drittel des Fonds gemäss Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *c* des Bundesbeschlusses vom 24. März 1947<sup>43</sup> über die Errichtung von besonderen Fonds aus den Einnahmen der zentralen Ausgleichsfonds der Lohn- und Verdienstersatzordnung ausgeschrieben.

<sup>36</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR **830.1**).

<sup>37</sup> SR **831.10**

<sup>38</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 14. Dez. 1979, in Kraft seit 1. April 1980 (AS **1980** 276 279; BBl **1979** II 769).

<sup>39</sup> SR **830.1**

<sup>40</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 4 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

<sup>41</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. Dez. 1957 (AS **1958** 183; BBl **1957** I 1019).

<sup>42</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. Dez. 1957 (AS **1958** 183; BBl **1957** I 1019).

<sup>43</sup> SR **834.2**

<sup>2</sup> Die Rückstellung wird durch eine jährliche Einlage geüfnet, die durch den Bundesrat festgesetzt wird, mindestens aber 4 Prozent des Bestandes am Jahresanfang beträgt.<sup>44</sup>

<sup>3</sup> ...<sup>45</sup>

#### **Art. 21<sup>46</sup>** Beiträge der Kantone

<sup>1</sup> Die Beiträge der Kantone werden nach Massgabe der im Kanton ausbezahlten Familienzulagen berechnet.

<sup>2</sup> Der Bundesrat setzt die Beiträge der Kantone mittels der Einlage nach Artikel 20 Absatz 2 proportional herab.

### **IV. Rechtspflege und Strafbestimmungen**

#### **Art. 22<sup>47</sup>** Besonderheiten der Rechtspflege

<sup>1</sup> Über Beschwerden entscheidet in Abweichung von Artikel 58 Absatz 1 ATSG<sup>48</sup> das Versicherungsgericht am Ort der Ausgleichskasse.

<sup>2</sup> Über Beschwerden von Personen im Ausland entscheidet in Abweichung von Artikel 58 Absatz 2 ATSG das Bundesverwaltungsgericht. Der Bundesrat kann vorsehen, dass diese Zuständigkeit dem Versicherungsgericht des Kantons zugewiesen wird, in welchem der Arbeitgeber des Versicherten seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Artikel 85<sup>bis</sup> Absätze 2 und 3 AHVG<sup>49</sup> gilt sinngemäss.<sup>50</sup>

#### **Art. 23** Strafbestimmungen

Die Artikel 87–91 AHVG<sup>51</sup> finden Anwendung auf Personen, die in einer in diesen Bestimmungen umschriebenen Weise die Vorschriften dieses Gesetzes verletzen.

<sup>44</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 10. Okt. 1969, in Kraft seit 1. Jan. 1970 (AS **1970** 70 71; BBl **1969** I 1073).

<sup>45</sup> Aufgehoben durch Ziff. II 27 des BG vom 6. Okt. 2006 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), mit Wirkung seit 1. Jan. 2008 (AS **2007** 5779 5817; BBl **2005** 6029).

<sup>46</sup> Fassung gemäss Ziff. II 27 des BG vom 6. Okt. 2006 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), in Kraft seit 1. Jan. 2008 (AS **2007** 5779 5817; BBl **2005** 6029).

<sup>47</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 15 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

<sup>48</sup> SR **830.1**

<sup>49</sup> SR **831.10**

<sup>50</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 114 des Verwaltungsgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005, in Kraft seit 1. Jan. 2007 (SR **173.32**).

<sup>51</sup> SR **831.10**



## V.<sup>52</sup> Verhältnis zum europäischen Recht

### Art. 23a<sup>53</sup>

<sup>1</sup> Für die in Artikel 2 der Verordnung Nr. 1408/71<sup>54</sup> bezeichneten Personen und in Bezug auf die in Artikel 4 dieser Verordnung vorgesehenen Leistungen, soweit sie im Anwendungsbereich dieses Gesetzes liegen, gelten auch:

- a. das Abkommen vom 21. Juni 1999<sup>55</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen) in der Fassung des Protokolls vom 26. Oktober 2004<sup>56</sup> über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten, sein Anhang II und die Verordnungen Nr. 1408/71 und Nr. 574/72<sup>57</sup> in ihrer angepassten Fassung;
- b.<sup>58</sup> das Übereinkommen vom 4. Januar 1960<sup>59</sup> zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation in der Fassung des Abkommens vom 21. Juni 2001 zur Änderung des Übereinkommens, sein Anhang K und Anlage 2 zu Anhang K sowie die Verordnungen Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 in ihrer angepassten Fassung.

<sup>2</sup> Soweit Bestimmungen dieses Gesetzes den Ausdruck «Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft» verwenden, sind darunter die Staaten zu verstehen, für die das in Absatz 1 Buchstabe a genannte Abkommen gilt.

<sup>52</sup> Eingefügt durch Ziff. I 11 des BG vom 8. Okt. 1999 zum Abk. zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS **2002** 701 722; BBl **1999** 6128).

<sup>53</sup> Fassung gemäss Art. 2 Ziff. 14 des BB vom 17. Dez. 2004 über die Genehmigung und Umsetzung des Prot. über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, in Kraft seit 1. April 2006 (AS **2006** 979 994; BBl **2004** 5891 6565).

<sup>54</sup> Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern; in der jeweils gültigen Fassung des Freizügigkeitsabkommens (SR **0.831.109.268.1**) bzw. des revidierten EFTA-Übereinkommens.

<sup>55</sup> SR **0.142.112.681**

<sup>56</sup> AS **2006** 995

<sup>57</sup> Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern; in der jeweils gültigen Fassung des Freizügigkeitsabkommens (SR **0.831.109.268.11**) bzw. des revidierten EFTA-Übereinkommens.

<sup>58</sup> Berichtigt von der Redaktionskommission der BVers (Art. 58 Abs. 1 ParlG – SR **171.10**).

<sup>59</sup> SR **0.632.31**

## VI.<sup>60</sup> Ausführungs- und Schlussbestimmungen<sup>61</sup>

### Art. 24<sup>62</sup> Verhältnis zum kantonalen Recht

<sup>1</sup> Die Kantone können in Ergänzung zu diesem Gesetz:

- a. höhere und andere Zulagen festsetzen und zu deren Finanzierung besondere Beiträge erheben;
- b. den Anspruch der selbstständigerwerbenden Landwirte auf Kinderzulagen nach Anhören der landwirtschaftlichen Organisationen an Voraussetzungen knüpfen, die auf die bäuerliche Existenzverbesserung der Bezugsberechtigten ausgerichtet sind.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann auf Antrag der Kantonsregierung dieses Bundesgesetz auf den betreffenden Kanton als nicht anwendbar erklären, sofern die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und selbstständigerwerbende Landwirte auf Grund der kantonalen Vorschriften im Genusse von Familienzulagen in der Mindesthöhe dieses Gesetzes stehen.

### Art. 25<sup>63</sup> Anwendbarkeit des AHVG<sup>64</sup>

<sup>1</sup> Soweit dieses Bundesgesetz und das ATSG<sup>65</sup> den Vollzug nicht abschliessend regeln, finden die Bestimmungen des AHVG sinngemäss Anwendung.

<sup>2</sup> Für das Bearbeiten von Personendaten gilt sinngemäss Artikel 49a AHVG, für die Datenbekanntgabe gilt Artikel 50a AHVG mit den Abweichungen vom ATSG.

<sup>3</sup> Die Haftung für Schäden der AHV-Organen nach Artikel 49 AHVG richtet sich nach Artikel 78 ATSG und nach den Artikeln 52, 70 und 71a AHVG.

### Art. 26 Inkrafttreten und Vollzug

<sup>1</sup> Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Januar 1953 in Kraft.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird mit dem Vollzug beauftragt; er erlässt die Ausführungsbestimmungen.

<sup>60</sup> Ursprünglich V. Abschn.

<sup>61</sup> Fassung gemäss Ziff. I 10 des BG vom 14. Dez. 2001 betreffend die Bestimmungen über die Personenfreizügigkeit im Abk. zur Änd. des Übereink. zur Errichtung der EFTA, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS 2002 685 700; BBl 2001 4963).

<sup>62</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 16. März 1962, in Kraft seit 1. Juli 1962 (AS 1962 761 763; BBl 1961 II 461).

<sup>63</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V der BVers vom 21. Juni 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (AS 2002 3453 3471; BBl 2002 803).

<sup>64</sup> SR 831.10

<sup>65</sup> SR 830.1